

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Glawischnig-Piesczek, Kogler, Freundinnen und Freunde

betreffend verfassungskonforme Vorlage des Budgets

eingbracht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage des Abg. Strache an den Bundesminister für Finanzen betreffend die verfassungswidrige Verschiebung der Vorlage des Entwurfes des Bundesfinanzgesetzes 2011

Die österreichische Bundesverfassung legt fest, dass die Bundesregierung dem Nationalrat spätestens 10 Wochen vor Jahresende das Budget vorzulegen hat. Wörtlich heißt es dazu im Bundes-Verfassungsgesetz, Artikel 51, Absatz 3:

„Die Bundesregierung hat dem Nationalrat den Entwurf eines Bundesfinanzgesetzes für das folgende Finanzjahr spätestens zehn Wochen vor Beginn jenes Finanzjahres vorzulegen, für das ein Bundesfinanzgesetz beschlossen werden soll.“

Um diese Frist einhalten zu können, wurden im Arbeitsplan des Nationalrates Sitzungen in der 42. Kalenderwoche vorgesehen, und zwar am 20. und 21. Oktober 2010.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, die österreichische Bundesverfassung einzuhalten.“